

## Inhaltlicher Antrag der Fraktionsgemeinschaft Die Linke/Piraten vom 23.11.2015

### Vorschläge für Zusatzantrag zu KDU-Berechnungskonzept

Wir plädieren dafür, die Variante A als **Übergangslösung** zu beschließen, um ein neues schlüssiges, gesetzeskonformes Angemessenheitskonzept zu entwickeln.

Die Stadt richtet dazu eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Fraktionen und Gruppen des Gemeinderates, der Stadtverwaltung, der GGH, der Sozialverbände und des Mieterbundes ein.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, eine Übersicht über den tatsächlichen Bedarf, Bestand sowie das Angebot auf dem Wohnungsmarkt an angemessenen Wohnraum zu erstellen und der Arbeitsgruppe zuzuarbeiten

Der Auftrag der Arbeitsgruppe ist es, im Auftrag des Gemeinderates ein neues Angemessenheitskonzept zu entwickeln. Die Prämissen zur Erstellung des Angemessenheitskonzeptes sind:

- die Versorgungssicherheit garantieren und Segregation abbauen statt verschärfen
- Verwendung des Mietenspiegel als Basisgrundlage und Beachtung der gesetzlichen Vorgaben (z.B. Anwendung der Produkttheorie)
- Sicherstellung der Validität des Angemessenheitskonzept durch regelmäßig ermittelte Abgleiche mit dem Heidelberger Wohnungsmarkt und entsprechende Anpassung
- Prüfung der Vor- und Nachteile eine Fehlbelegungsabgabe für sozialgebundenen Wohnraum
- Vorschläge zur Schaffung von Wohnraum-Kontingenten der GGH und anderer Träger, die gezielt Transferempfängern zur Verfügung stehen sollen.